



Tagesordnung 1 Punkt 9.1 der öffentlichen Sitzung am 13. März 2012

Vorlagen-Nr. 11-F-08-0062

**Schwangerschaftskonfliktberatung
Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 01.11.2011**

Im Zuge der Novellierung des Hessischen Schwangerschaftskonfliktgesetzes plant die Landesregierung eine deutliche Kürzung der finanziellen Mittel. Bei der öffentlichen Anhörung am 1. September stießen diese Pläne auf deutliche Kritik, vor allem seitens der kommunalen Spitzenverbände sowie der Liga der Freien Wohlfahrtspflege.

Der Ausschuss möge beschließen:

I. Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie hoch ist die derzeitige Landesförderung (Personal-/Sachkosten, Freie Träger, kommunale Stelle, Ärzt_innen) für die freien Träger im Bereich der Schwangerschaftskonfliktberatung? (Bitte nach Träger und Kostenart aufschlüsseln)
2. Welche finanziellen Auswirkungen sind konkret für die Wiesbadener Beratungsstellen durch die geplante Kürzung der Landesfördermittel zu erwarten?
3. Welche Auswirkungen auf das konkrete Beratungsangebot vor Ort sind durch die geplanten Kürzungen zu erwarten?

II. Der Frauenausschuss spricht sich gegen eine Kürzung der Landesmittel in diesem Bereich aus und bittet die Frauenbeauftragte in seinem Namen einen entsprechenden Brief an die Landesregierung und die Mitglieder des hessischen Landtags zu richten.

Beschluss Nr. 0025

1. Der Bericht des Dezernats VI vom 13.01.2012 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Ausschuss stellt fest, dass zwischen der Berichterstattung im Wiesbadener Tagblatt vom 03.01.2012 „Verein Soziale Hilfe löst sich auf“ und der vorgenannten Berichterstattung des Magistrats (Ziffer 3) eine Diskrepanz besteht.
3. Der Magistrat wird um Klärung und kurzfristige Berichterstattung an den Ausschuss gebeten

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2012

Schuchalter-Eicke
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .03.2012

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2012

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat I/F
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister